

# «Wir wollen mit Jobs die Entwicklung fördern»



## Arzt im Bundesrat

**Ignazio Cassis** kam 1961 in Sessa TI zur Welt. Der Arzt wurde 2007 in den Nationalrat gewählt und präsidierte ab 2015 die FDP-Bundeshausfraktion. **Am 20. September 2017 wählte ihn die Vereinigte Bundesversammlung in den Bundesrat.** Cassis steht dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) vor. Ihm stehen schwierige Monate bevor – denn als Aussenminister ist er verantwortlich für die Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen.

**Aussenminister Ignazio Cassis über neue Formen der Hilfe für arme Länder und das Rahmenabkommen mit der EU**

INTERVIEW: SERMÍN FAKI UND PASCAL TISCHHAUSER

**A**ussenminister Ignazio Cassis (59) empfängt BLICK im Bundeshaus West. Ein Mitarbeiter des Auswärtigen Departements (EDA) mit Fotokamera wartet bereits im Sitzungszimmer. Er macht Bilder für die EDA-Website während des Interviews. Eine ungewohnte Situation.

**Blick:** Sie konnten einen Erfolg feiern: Ihre Entwicklungspolitik ist schlank durchs Parlament gekommen. Sind Sie überrascht?

**Ignazio Cassis:** Ich bin vor allem erfreut! (lacht) Aber schlank ist das richtige Wort: Wir haben aus den 320 Seiten der letzten Strategie 61 Seiten gemacht. Jetzt haben wir klare Kriterien, messbare Methoden und mehr Transparenz und Fokussierung in der Entwicklungszusammenarbeit. **Neu ist die Verknüpfung von Entwicklungshilfe und Zusammenarbeit in Migrationsfragen. Wie sinnvoll ist das?**

Das Parlament hat das vor vier Jahren beschlossen. Die Bekämpfung der Ursachen, die zu irregulärer Migration und Flucht führen, ist auch in unserem Interesse. Die Frage bleibt aber, wie eng die Verknüpfung sein soll. Mit anderen Worten: Wollen wir die Zusammenarbeit mit Ländern einstellen, die im Migrationsbereich nicht mit uns kooperieren? Hier habe ich gebremst. Wir können keine absolute Bedingung daraus machen. Es ist wie bei den Menschenrechten: Würden wir nur noch mit Staaten reden, die die Menschenrechte ausnahmslos achten, fielen viele Länder weg. **Neu ist auch, dass Sie vermehrt mit dem Privatsektor zusammenarbeiten. Warum?**

Erst mal: Die Nichtregierungsorganisationen bekommen in den nächsten vier Jahren mehr Geld als heute. Aber der Privatsektor wird wichtiger. Warum? Weil wir dank Jobs Entwicklung fördern wollen. Und neun von zehn Arbeitsstellen in Entwicklungsländern entstehen nun mal im Privatsektor. Wir arbeiten insbesondere mit den KMU vor Ort zusammen. In den Schweizer Privatsektor fließt kein einziger Rappen Steuergeld.



In einem Nähatelier in Mosambiks Hauptstadt Maputo fertigt eine Angestellte Stoff-Schutzmasken. Die Schweiz will vor allem kleine Unternehmen vor Ort unterstützen, damit die Menschen in ihrem Heimatland eine Zukunft haben.

**Wie soll das konkret funktionieren?**

Nehmen Sie Mosambik. Dort sind nach dem Friedensabkommen – an dem die Schweiz wesentlich beteiligt war – Tausende Soldaten arbeitslos geworden. Sie brauchen neue Jobs – und in Mosambik kommt allein Landwirtschaft infrage. Doch dazu braucht es Geld, etwa für Saatgut und landwirtschaftliche Werkzeuge. Zusammen mit einer südafrikanischen Versicherung prüfen wir zurzeit die Einführung neuer Finanzprodukte. Der Ex-Soldat und Landwirt wird also Geld haben, um – sagen wir – Kaffee anzubauen. Doch wohin soll er ihn verkaufen?

**Hier kommt dann Nestlé ins Spiel, oder?**

Zum Beispiel. Im konkreten Fall garantiert Nespresso fünf Jahre lang einen gewissen Absatz, der dem Kaffeebauern das Einkommen sichert. Und Nespresso kann mit seinem Engagement Marketing betreiben. Alle gewinnen – ohne dass die südafrikanische Versicherung oder Nespresso Steuergelder bekommen.

**Über einen Erfolg dürfen Sie sich bald auch bei der Abstimmung über die Begrenzungs-Initiative freuen... seit 2014 gehöre ich zu den gebrannten Kindern. Man glaub-**

te die Masseneinwanderungs-Initiative gebodigt zu haben und wurde dann am Abstimmungssonntag kalt erwischt. Aber ich hoffe natürlich, dass die Stimmbürgerinnen und -bürger die Meinung des Bundesrats teilen und die Initiative ablehnen.

**Dann lassen Sie uns auf die möglichen Szenarien eingehen. Was passiert, wenn das Volk doch Ja sagt?**

Der neue Verfassungsartikel besagt dann, dass der Bundesrat innerhalb eines Jahres mit der EU den Exit aus der Personenfreizügigkeit verhandeln muss. Wie genau sich die Initianten das vorgestellt haben, ist nicht geregelt. Ich gehe aber davon aus, dass wir dann versuchen sollten, mit Brüssel einen Ausstieg aus dem Freizügigkeitsabkommen zu vereinbaren, ohne dass die damit verknüpf-

ten bilateralen Verträge des ersten Pakets ebenfalls fallen.

**Kann das gelingen?**

Ich befürchte, wir erhalten hier eine recht kurze ablehnende Antwort. Nach Ablauf dieser Jahresfrist muss der Bundesrat innerhalb eines Monats das Freizügigkeitsabkommen kündigen. Sechs Monate später werden die anderen sechs Abkommen der Bilateralen I automatisch ausser Kraft gesetzt. Automatisch! Für Bern und Brüssel gibt es dann nichts mehr zu tun. Die Verträge wären ein halbes Jahr später einfach Geschichte.

**Ein Nein hingegen wäre ein klares Zeichen für die Weiterführung des bilateralen Wegs. Folgt gleich das Rahmenabkommen?**

Der bilaterale Weg würde mit einer institutionellen Lösung konsolidiert und womöglich ausgeweitet. Das ist der Wunsch des

Bundesrats. Für eine allfällige Ausweitung mit einem Stromoder einem Gesundheitsabkommen sowie für die Forschung braucht es vorgängig die Lösung der institutionellen Frage. Machen wir uns nichts vor: Ein Teil der Bevölkerung wird jede institutionelle Lösung ablehnen. Ein anderer wird jedoch zustimmen, wenn klar ist, welche Lösung es zu welchem Preis gibt. **Haben Sie schon Lösungen bei den drei Punkten des Rahmenabkommens, bei denen es noch Klärungen braucht?**

Der Bundesrat hat beschlossen, dass es bei den staatlichen Beihilfen, bei den flankierenden Massnahmen und bei der Unionsbürgerrichtlinie noch Klärungen geben muss. Es ist an der Schweiz, hier Vorschläge zu machen. Nach einem Nein zur Begrenzungs-Initiative nimmt der Bundesrat die Diskussionen wieder auf. **Diese umstrittenen Punkte scheinen ein weiteres Problem zu überlagern: die Kritik daran, dass der Europäische Gerichtshof das letzte Wort haben soll. Sie kommt von alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Kommt der Bundesrat um echte Neuverhandlungen herum?**

Nach breiter Konsultation 2019 wurden drei Bereiche definiert, die noch nicht zufriedenstellend gelöst sind. Der Bundesrat hat der

EU-Kommission in Aussicht gestellt, dazu Vorschläge zu machen. **Es heisst, für Vorschläge hätten Sie ein Zeitfenster bis Ende Jahr.**

Nein, es gibt kein Zeitfenster und keine Deadline. Wie viel Zeit wir haben, ist eine rein politische Einschätzung. Natürlich

gibt es Abkommen – etwa im Bereich Forschung –, deren Weiterführung an Termine gebunden ist. Der Bundesrat hat diese im Auge. Aber sie bestimmen nicht

unseren Terminkalender. Für den Bundesrat gilt: Qualität vor Timing! Wenn der Bundesrat überzeugt ist, eine Übereinkunft in der Hand zu haben, deren Inhalt auch die Bevölkerung mitträgt, dann sind wir so weit. **Sind Sie zuversichtlich, dass wir ein institutionelles Abkommen abschliessen?**

Der Bundesrat arbeitet seit sieben Jahren daran. Und nie in dieser Zeit hat der Bundesrat seine Position geändert. Für nächstes Jahr bleibt die Überweisung der Botschaft zum Rahmenabkommen das Ziel des Bundesrats – vorausgesetzt, dass eine zufriedenstellende Lösung gefunden wird. Der Gesamtbundesrat sieht die Konsolidierung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs als besten Weg für die Schweiz.

«NGO bekommen in den nächsten Jahren mehr Geld.»

«Für den Bundesrat gilt: Qualität vor Timing!»



Aussenminister Ignazio Cassis besuchte im August 2019 Maputo.